



Militarischer Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,20 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1,60 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Circulanz Nr. 50 bei der Oberamtskanzlei Ruedenberg Kreis Wildbad. — Druckerei: Enzthalbader & Co., Wildbad; Wöhrle'scher Buchdruckerei Filiale Wildbad. — Postfach Nr. 74 Stuttgart. Einzelnenpreis: Im Einzelteil die einseitige 10 mm breite Millimeterzeile 3 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellenangebote 8 Pf.; im Tegeteil die 20 mm breite Millimeterzeile 15 Pf. — Rabatt nach vorerwähntem Tarif. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachzahlung weg.

Nummer 213 Fernruf 479 Donnerstag den 13. September 1934. Fernruf 479 69. Jahrgang.

Neuregelung der deutschen Außenwirtschaft

Eine Rede von Ministerialdirektor Sarnow

Berlin, 11. Sept. Zur künftigen Regelung der deutschen Außenwirtschaft machte in Vertretung des mit der Führung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministeriums beauftragten Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht Ministerialdirektor Sarnow vor Vertretern der deutschen Presse folgende Ausführungen: In seiner Leipziger Rede vom 26. August d. J. hat der mit der Führung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministeriums beauftragte Reichsbankpräsident Dr. Schacht die Notwendigkeit einer Neuordnung der deutschen Außenwirtschaft dargelegt und die Grundzüge einer solchen Neuordnung entwickelt. Er hat gleichzeitig angekündigt, daß die zuständigen Stellen damit beschäftigt seien, die Methoden auszuarbeiten, um unsere Einfuhr in Uebereinstimmung mit unseren Zahlungsmöglichkeiten zu bringen. Diese Arbeiten sind nunmehr abgeschlossen.

Die Neuordnung, die ein einheitliches Ganzes darstellt, ist in folgenden fünf Verordnungen und Erlässen niedergelegt:

1. In der bereits veröffentlichten Verordnung über den Warenverkehr vom 4. September 1934;
2. in der bereits veröffentlichten Verordnung über die Errichtung von Ueberwachungsstellen vom 4. September 1934;
3. in einer Verordnung zur Aenderung der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung, die alsbald veröffentlicht wird;
4. in einem Kundentafel der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung an die Ueberwachungsstellen, der noch heute den Ueberwachungsstellen zugeht und demnächst veröffentlicht werden wird;
5. in einem Erlass des Reichsministers der Finanzen, der demnächst im Reichs-Gesetzblatt veröffentlicht werden wird.

Außerdem sind in dem bereits veröffentlichten Kundentafel Nr. 104/34 der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung vom 1. September d. J. die maßgebenden Gesichtspunkte über Waren-, Austausch- und Verrechnungsgeschäft niedergelegt.

Die Neuordnung sieht folgendes vor:

Zu den bereits bestehenden 11 Ueberwachungsstellen treten 10 neue Ueberwachungsstellen hinzu. Ferner werden 4 Reichsstellen für landwirtschaftliche Erzeugnisse — unter Beibehaltung ihrer bisherigen Aufgaben — als Ueberwachungsstellen bestimmt, so daß die Zahl der Ueberwachungsstellen sich nunmehr auf 25 beläuft. Der seit März dieses Jahres beschrittene Weg, einen immer größeren Kreis von Einfuhrwaren in die Ueberwachung einzubeziehen, hat mit dieser Regelung seinen Abschluß gefunden, indem nunmehr alle Einfuhrwaren zu „überwachten“ Waren werden.

Auf Grund der Verordnung zur Aenderung der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung werden die Ueberwachungsstellen mit Wirkung vom 24. September d. J. ab, soweit die Bezahlung der Einfuhr von Waren aus dem Ausland in Frage steht, anstelle der Devisenstellen Organe der Devisenbewirtschaftung. Sie unterliegen in dieser Hinsicht der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung. Die Ueberwachungsstellen erteilen vom 24. September d. J. ab für Einfuhrgegenstände Devisenbescheinigungen, die den Zollstellen bei der Abfertigung der Einfuhrwaren vorzulegen sind, und in Verbindung mit einer von der Zollstelle auszustellenden Bescheinigung zur Leistung von Zahlungen für die Einfuhr berechtigen. Nur wer im Besitz einer solchen Devisenbescheinigung ist, kann damit rechnen, daß er die Möglichkeit zur Bezahlung der Einfuhr erhält. Die bisher von den Devisenstellen für die Bezahlung der Einfuhr erteilten Devisengenehmigungen und das nur als Uebergangsregelung gedachte gewesene bisherige Repartierungsverfahren fallen weg. Die Einfuhr von Waren, für die eine Devisenbescheinigung nicht erteilt ist, ist nicht verboten; jedoch kann der Einführer unter den gegenwärtigen Verhältnissen keinesfalls damit rechnen, daß er die Möglichkeit zur Bezahlung in absehbarer Zeit erhält. Um zu verhindern, daß Zahlungen unter Verstoß gegen die Devisenbestimmungen erfolgen, sind die Zollstellen angewiesen, Einfuhren ohne Devisenbescheinigungen der zuständigen Ueberwachungsstelle zu melden.

Um nach Möglichkeit die gesamte Einfuhr durch die Ueberwachungsstellen zu erfassen, wird die Freigrenze von 50 RM., soweit die Bezahlung der Wareneinfuhr in Frage steht, auf 10 RM. herabgesetzt. Auf der anderen Seite ist für gewisse Einfuhren von minderer Bedeutung eine Sonderregelung getroffen worden. Soweit in diesen Fällen eine Zahlung über die Freigrenze von 10 RM. hinaus geleistet werden muß, bleiben die Devisenstellen auch weiterhin für die Erteilung von Genehmigungen zuständig.

Neben Devisenbescheinigungen, die zur sofortigen Bezahlung der eingeführten Waren berechtigen, werden auch Devisenbescheinigungen, bei denen die Bezahlung der eingeführten Waren erst später erfolgt, in Form von verbindlichen Zulagen erteilt werden. In welchem Umfang Devisenbescheinigungen von den Ueberwachungsstellen ausgegeben werden können, wird laufend von dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft — von jedem für seinen Geschäftsbereich — im Einvernehmen mit dem Reichsbankdirektorium festgestellt werden.

Devisenbescheinigungen sind auch dann erforderlich, wenn die Einfuhr in Reichsmark über Zahlungs- und Verrechnungsabkommen bezahlt wird. Es ist Vorkehrung getroffen, daß bei der

Tagespiegel.

Im Reichspräsidentenpalais fand am Mittwoch der erste große Empfang des diplomatischen Korps durch den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler statt. Für die Diplomaten sprach Nuntius Orsenigo, auch der Führer hielt eine Ansprache.

Die Deutsche Front im Saargebiet richtete an den Völkerbundsrat erneut ein Schreiben, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Aufstellung einer internationalen Polizeitruppe im Saargebiet völlig überflüssig sei.

Sowjetrußland wurde die Einladung zum Völkerbund übermittelt, gegen deren Text von den Russen Einwände erhoben werden.

Am Mittwoch fand eine Sitzung des Völkerbundsrates statt, bei der der Schweizer Bundesrat Motta, der Argentinier Cantilo, der Österreichische Bundeskanzler Schulz-nigg und der irische Ministerpräsident de Valera sprachen.

In Stuttgart fand die Eröffnung der Jahreshauptversammlung des Deutschen Ausland-Instituts statt. Der Führer Adolf Hitler hat sich bereit erklärt, die höchste Auszeichnung des DAI, den „Deutschen Ring“, anzunehmen.

Ausstellung von Devisenbescheinigungen den vertraglichen Bindungen, die Deutschland gegenüber dem Ausland eingegangen ist Rechnung getragen wird.

Anträge auf Erteilung von Devisenbescheinigungen sind an die für die einzuführende Waren zuständige Ueberwachungsstelle zu richten. Sämtliche Einfuhrwaren, die unter die Zuständigkeit verschiedener Ueberwachungsstellen fallen, so kann der Antrag an die für die herzustellende Fertigtware zuständige Ueberwachungsstelle gerichtet werden. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus dem eingangs erwähnten Kundentafel an die Ueberwachungsstellen. Bei Waren, die handelsüblich durch den Einfuhrhandel eingeführt werden, werden die Devisenbescheinigungen, soweit die Einfuhr nicht zentral erfolgt, grundsätzlich nur an den Einfuhrhändler abgegeben. Darüber hinaus ist auch bei anderen Waren vorgesehen, daß die Devisenbescheinigung auf einen Einfuhrhändler ausgefertigt werden kann.

Bei der Erteilung der Devisenbescheinigungen für Rohstoffe und Halbfabrikate wird oberster Grundsatz sein, daß die Versorgung des Exports mit den erforderlichen Rohstoffen und Halbfabrikaten unter allen Umständen gesichert wird. Zu diesem Zweck werden Anträge, bei denen die einzuführende Ware in verarbeitetem Zustande wieder ausgeführt wird, vor allen anderen Anträgen berücksichtigt.

Empfang des diplomatischen Corps beim Führer

Berlin, 12. Sept. Im Reichspräsidentenpalais fand am Mittwoch mittag der erste große Empfang der Missionen aller in Berlin akkreditierten Länder statt. Die Berliner Bevölkerung brachte im Anschluß daran dem Führer begeisterte Ovationen dar.

Schon gegen 11 Uhr wies das Aussehen der Wilhelmstraße auf ein Ereignis besonderer Art hin. Zu Tausenden hatten sich hier die Berliner vor der Reichskanzlei und dem Reichspräsidentenpalais eingefunden, um dem Führer auf seiner Fahrt durch die Wilhelmstraße zu huldigen und der An- und Abfahrt der Diplomaten beizuwohnen, die selbstverständlich in großer Gala im Palais zum Empfang erschienen. Der Andrang der Bevölkerung war so groß, daß eine erhebliche Zahl von Schutzpolizeibeamten eingesetzt werden mußte, um den Fahrweg freizuhalten.

Vom Altan des Palais grüßte eine riesige Halenkreuzfahne, während auf dem Dach die ruhmreiche deutsche Kriegsslagge, das schwarz-weiß-rot mit dem Adler flatterte. Inzwischen war im Vorgarten ein verstärktes Wachkommando der Reichswehr einmarschiert, um den Diplomaten die Ehrenbezeugungen zu erweisen. Ein Heer von Pressephotographen und Kinooperatoren belagerte die Einfuhr zum Palais. Gegen 12 Uhr rollte ein Wagen nach dem anderen in den Vorhof ein. Das starke Wachkommando präsentierte jedesmal beim Eintreffen der Diplomaten das Gewehr und bei den Postkutschern sowie bei dem Doyen des diplomatischen Corps, Nuntius Orsenigo, ertönte lauter Trommelwirbel. Kurz vor 12.30 Uhr war die Auffahrt des diplomatischen Corps beendet.

Feierlicher Empfang der Diplomaten durch den Führer

(Amtlicher Bericht.) Aus Anlaß der Uebernahme des bisherigen Amtes des Reichspräsidenten durch den Führer und Reichskanzler sprach heute die hier beglaubigten fremden Votschafter, Gesandten und Geschäftsträger dem Führer und Reichskanzler ihre und ihrer Reaktionen Glückwünsche aus. Der

feierliche Empfang der Diplomaten durch den Führer fand im Großen Saal des Reichspräsidentenpalais statt, in welchem der verstorbene Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg alljährlich am Neujahrstage die Vertreter der fremden Mächte zur großen Gratulations-Cour zu empfangen pflegte. Der Führer und Reichskanzler, in dessen Begleitung sich der Reichsminister des Auswärtigen, Freiherr von Neurath, sowie die Staatssekretäre Dr. Meißner, von Bülow und Dr. Lammer, der Chef des Protokolls, Graf von Bassewicz sowie der militärische und persönliche Adjutant befanden, empfing die Diplomaten im Großen Saal des Reichspräsidentenpalais.

Der Doyen des diplomatischen Corps, der apostolische Nuntius Monsignore

Cesare Orsenigo,

richtete an den Führer eine französische Ansprache, die in der Uebersetzung wie folgt lautet:

Herr deutscher Reichskanzler! Das diplomatische Corps freut sich, vor Ihrer Person zu erscheinen, um dem unmittelbaren Nachfolger des hochverehrten Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg, dessen Andenken unaussprechlich in unsere Herzen eingepreßt ist, seine aufrichtige Gratulation und die besten Wünsche darzubringen. Durch unser heutiges Erscheinen möchten wir Eurer Exzellenz zum Ausdruck bringen, daß ein jeder von uns dem neuen Oberhaupt des Deutschen Reiches gegenüber dieselbe Bezeugung der Ehrerbietung und die gleiche Versicherung der gegenseitigen Zusammenarbeit, die er bereits anlässlich der Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens ausgesprochen hat, heute erneuert.

Wir sind der Ueberzeugung, daß Eure Exzellenz alle unsere Bemühungen bei Erfüllung der edlen Mission, die unsere Staatsoberhäupter uns anvertraut haben, angelegentlich unterstützen werden, um die guten Beziehungen zwischen Deutschland und unseren Ländern aufrecht zu erhalten und zu festigen, um so zur Erhaltung des Friedens in der Welt beizutragen.

Wir wissen wohl, daß man nur durch das Erstarren des Geistes der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Nächstenliebe in der Welt zur Befriedung der Völker gelangen kann und wir sind glücklich darüber, daß Eure Exzellenz zu wiederholten Malen die Erklärung abgegeben haben, daß Deutschland, im Herzen Europas gelegen, fest entschlossen ist, ein wirksamer Faktor des Friedens zu sein. Wir können bereits feststellen, mit welcher hingebender Sorge Eure Exzellenz in Ihrem neuen Amt daran arbeiten, Ihrem Vaterland über die schmerzlichen Folgen der Arbeitslosigkeit hinwegzuhelfen und die Wohlfahrt des deutschen Volkes herbeizuführen.

So geben wir dem Wunsch Ausdruck, es möge Ihrem Vaterlande unter der nunmehr in Ihren Händen vereinigten obersten Regierungsgewalt gegönnt sein, eine Wohlfahrt zu erreichen, die die innere Ruhe Ihres Landes gewährleisten kann. Wir wünschen auch, daß Deutschland den Besitz aller Güter einer höheren Ordnung, die den wahren Schatz einer jeden Nation bilden, immer mehr befestigt. Möge die göttliche Vorsehung diesen Wünschen und Hoffnungen Verwirklichung verleihen für die Größe Ihres teuren Vaterlandes, das Ihnen soeben das höchste Amt des Deutschen Reiches übertragen hat.

Der Führer und Reichskanzler

antwortete hierauf mit folgenden Worten:

Herr Nuntius! Eurer Exzellenz danke ich aufs herzlichste für die Glückwünsche, die Sie mir im Namen des diplomatischen Corps aus Anlaß der Uebernahme des Amtes des Reichspräsidenten ausgesprochen haben. Mit besonderem Dank erfüllt es mich, daß Sie dabei noch einmal des verehrten Herrn Reichspräsidenten Generalfeldmarschalls von Hindenburg gedenken. Die Erinnerung an ihn wird unaussprechlich im Herzen aller Deutschen weiterleben. Sie haben, Herr Nuntius, der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß ich Sie in Ihrer Stellungnahme, die guten Beziehungen zwischen Ihren Ländern und Deutschland aufrecht zu erhalten und zu festigen, unterstützen werde. Es ist mein Wille, enge und aufrichtige Verbindungen zwischen Deutschland und den fremden Staaten zu erhalten und dadurch ein gegenseitiges Vertrauen und Kennenlernen zu fördern, das zur Zeit noch vielfach fehlt und das die Grundlage wechselseitiger Achtung und Anerkennung ist. Die großen Aufgaben, die wir uns gestellt und, wie Sie, Herr Nuntius, selbst sagen, mit Erfolg in Angriff genommen haben, können wir nur lösen, wenn uns und der Welt der Friede erhalten bleibt.

Auch heute und vor Ihnen, meine Herren Vertreter der fremden Staaten, erkläre ich, daß es das unerrückbare Ziel meiner Politik ist, Deutschland zu einem festen Hort des Friedens zu machen. Nicht Macht und Gewalt sollen die Beziehungen unter den Völkern bestimmen, sondern der Geist der Gleichberechtigung sowie die Achtung vor der Arbeit und Leistung eines jeden anderen Volkes. Unter dem Schutze dieses Friedens werden ich und mit mir die Reichsregierung alle Kräfte der geistlichen Wiederaufrichtung unseres unter den Wüten des Krieges und der Nachkriegszeit fast zammengebrochenen Volkes der inneren Neuordnung unseres Rechts und der Ueberwindung seiner wirtschaftlichen und sozialen Not widmen. Wenn wir diese Aufgabe zu lösen vermögen und wir werden sie lösen, so dient Deutschland nicht nur sich selbst, sondern der ganzen Welt und es trägt damit zu seinem Teil bei zum Wohle und zum Fortschritt der Menschheit. Zu diesem Werke, das hoffen wir aufrichtig, wird uns

der Segen der göttlichen Vorsehung, den Sie, Herr Kuntius, in so warmen Worten für uns anrufen, nicht verjagt sein. Ich bitte Sie, meine Herren, zugleich für ihre Staatsoberhäupter, Regierungen und Länder meine aufrichtigsten Glückwünsche für eine glückliche Zukunft unser aller Völker entgegenzunehmen.

Nach dem Austausch der Ansprachen begrüßte der Führer und Reichskanzler die einzelnen Botschafter, Gesandten und Geschäftsträger und nahm deren Glückwünsche entgegen.

Während des Empfangs hatte sich in der Wilhelmstraße eine zahlreiche Menschenmenge angesammelt, welche die Auffahrt der Diplomaten mit Interesse verfolgte und mit freundlichen Begrüßungen begleitete. Als nach Schluß der Versammlung die immer größer werdende Menge Heilrufe auf den Führer ausbrachte, trat der Führer auf den Balkon des Hauses. Die vielen Tausende brachen in stürmische Heilrufe aus und sangen mit Begeisterung das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied. Zum Schluß schritt der Führer und Reichskanzler die Front der im Ehrenhof aufgestellten Abteilung Reichswehr ab.

Zur deutschen Antwortnote

Französischer Kerger — Englisches Verständnis

Die Antwort der Reichsregierung auf die Vorschläge zum Ostpakt wird in der Pariser Presse ausführlich besprochen. Man versucht auch weiterhin den Zeitpunkt zu kritisieren, in dem diese Antwort überreicht wurde und Deutschland zu beschuldigen, abzüglich die Genfer Verhandlungen stören zu wollen (!). Was die Auswirkungen der deutschen Antwort angeht, so sind die Auffassungen verschieden. Während die einen behaupten, daß der Standpunkt der Reichsregierung glatt ablehnend sei, wollen die anderen noch nicht alle Aussichten auf das Zustandekommen einer Einigung schwinden sehen. Sie bezeichnen die Antwort vielmehr als ein „Manöver“, um auf diese Weise die Rüstungsgleichheit zu erzwingen (!). Teilweise kommt zum Ausdruck, daß der Ostpakt auch ohne die Beteiligung Deutschlands abgeschlossen werden könne und sich die gegenseitigen Sicherheitsgarantien dann eben nur auf die beteiligten Mächte erstrecken würden. Diese Ansicht wird aber von nur sehr wenigen Blättern geteilt, zumal man noch über die Haltung Polens einigermassen besorgt ist und befürchtet, daß von dieser Seite einige Ueberraschungen kommen könnten.

Der „Matin“ erklärt klipp und klar, daß ein System gegenseitiger Unterstützung in Osteuropa ohne Deutschland unmöglich sei. Man werde also darauf verzichten, oder das Kind beim Namen nennen, d. h. ganz offen von einem Bündnis mit Sowjetrußland sprechen müssen. Das „Journal“ versucht, gute Miene zum bösen Spiel zu machen und behauptet, die Antwort der Reichsregierung habe Frankreich aus einer sehr heiklen Lage gerettet. Das „Petit Journal“ wirft die Frage auf, ob eine Weigerung Deutschlands das Zustandekommen eines Ostpaktes gefährde, und beantwortet sie selbst in verneinendem Sinne. Deutschland sei nicht der Hauptinteressierte an diesem Pakt. Wenn es sich weigere, ihn zu unterzeichnen, so würden die Klauseln der gegenseitigen Unterstützung eben nur für die anderen Unterzeichner gelten. Das Schicksal des Paktes hänge sehr viel mehr von der Haltung Polens ab. Ganz entgegengelegter Auffassung ist der „Jour“, der es für ausgeschlossen hält, einen Ostpakt ohne Deutschland zustandzubringen. Wenn Deutschland einen solchen Pakt nicht unterzeichne, so werde er eben niemals in Kraft treten können. Die Antwort Polens erwartet das „Deuvre“ sofort nach der endgültigen Aufnahme Sowjetrußlands in den Völkerbund.

Verständnis für die deutsche Haltung in England

London, 12. Sept. In einem Leitartikel über die deutsche Antwortnote zum Ostpaktvorschlag sagt „Times“, die Äußerungen der deutschen Regierung liefen auf eine Ablehnung hinaus. Deutschland sei aber nicht der einzige Gegner des Paktes. Es verlautete, daß die polnische Regierung zweiseitigen Paktens ebenso den Vorzug gebe wie die deutsche Regierung. Ohne Deutschland und Polen würden die drei baltischen Staaten sich schwerlich an dem Pakt beteiligen. Es blieben also nur noch Frankreich, Sowjetrußland und die Tschechoslowakei übrig.

„Daily Telegraph“ schreibt: Die Verwerfung des Ostpaktplanes durch Deutschland kam nicht unerwartet. Von vornherein war Deutschland der Ansicht, daß es wenig Nutzen von einem solchen Plan haben würde. Der Gedanke, daß Armeen des roten

Rußland durch das antimarxistische Deutschland marschieren könnten, um Frankreich beizustehen, hat für Deutschland ebenso wenig Interesse und Anziehungskraft wie die Möglichkeit, daß Frankreich ihm seine Hilfe gegen Rußland zuteil werden lassen könnte. Es kann jetzt mitgeteilt werden, so schreibt das Blatt weiter, daß Barthou bei seinem Londoner Besuch im Juli d. J. die britische Zustimmung zum Abschluß eines rein russisch-französischen Verteidigungsplanes zu erlangen versuchte. Gleichartige Zusicherungen für Deutschland waren in diesem Plan nicht enthalten. Die jetzige Form der Vorschläge ist von der britischen Regierung veranlaßt worden. Sir John Simon hat deutlich zu verstehen gegeben, daß Großbritannien mit einem solchen Plan der Bildung eines gegen Deutschland gerichteten Bündnisses nichts zu tun habe.

„Daily Express“ berichtet aus Genf, in französischen diplomatischen Kreisen sei von der Möglichkeit eines Verteidigungsbündnisses zwischen Frankreich und Sowjetrußland die Rede gewesen. Die feindselige Haltung Polens gegenüber dem Ostpakt habe dazu geführt, daß Frankreich die Hoffnung verloren habe, auf diesem Wege die Eintreibung Deutschlands zu erreichen. Es scheine kein anderer Ausweg zu bleiben, als die Wiederbelebung des Vorkriegsbündnisses mit Rußland.

Der diplomatische Korrespondent des „News Chronicle“ berichtet aus Genf, er glaube gute Gründe für die Annahme zu haben, daß die Zulassung Sowjetrußlands für die Verlegung des Völkerbundsekretariats nach Wien oder einer anderen gastfreundlichen Stadt zur Folge haben könnte. Es gelte als möglich, daß in der Schweiz eine Volksabstimmung über die Frage veranstaltet werden wird, ob die Schweiz Mitglied des Völkerbundes bleiben soll, und das Sekretariat prüfe die Frage, was im Falle eines Austritts der Schweiz zu tun wäre.

Deutsche Front an den Völkerbundsrat

Internationale Polizeitruppen völlig überflüssig

Genf, 12. Sept. Der Landesleiter der Deutschen Front und die Fraktion Deutsche Front des Landesrats des Saargebietes haben an den Völkerbund folgendes Schreiben gerichtet:

Der Herr Präsident der Regierungskommission hat dem Hohen Rat des Völkerbundes verschiedentlich berichtet, die Lage im Saargebiet erfordere es dringend, ihm internationale Polizeitruppen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Saargebiet zur Verfügung zu stellen. Die Deutsche Front im Saargebiet hat gegen diese Maßnahme stets protestiert, da sie geeignet sei, Schwierigkeiten zu schaffen, die heute nicht vorhanden sind. Sodann hat die Deutsche Front auch Einwendungen zu machen gegen die Art, wie die im Saargebiet verfügbaren Polizeikräfte zur Zeit verwendet werden. Wenn nach dem eigenen Bericht des Herrn Präsidenten Knog vom 12. März 1934 rund ein Drittel der staatlichen Polizeikräfte der Stadt Saarbrücken im Bürodienst verwendet werden, so müssen wir diese Art der Dienstverteilung beanstanden. Auch bei den Landjägern sind große Abkommandierungen zur Lohn- und Verkehrssteuerkontrolle als Bürofacharbeiter bei der Direktion des Innern, im Ordnungsdienst, bei den Amts- und Landgerichten und bei anderen Behörden zu verzeichnen. Bei einer großen Reihe von amtlichen Stellen leisten Landjäger lediglich Postierdienste. Es dürfte daher bei einer Umgruppierung nicht schwierig sein, eine ganz erhebliche Zahl von Polizeikräften für den eigentlichen Polizeidienst freizumachen.

Die Schwierigkeiten hinsichtlich der Polizei des Saargebietes liegen unserer Auffassung nach nicht darin, daß die Polizeitruppen nicht geeignet wären, sondern darin, daß vor allen Dingen bei der staatlichen Polizei in Saarbrücken ungeeignete Kräfte mit der Führung betraut worden sind. Wir haben mehr als einmal auf die Tatsache hingewiesen, daß Präsident Knog Emigranten, wie Nachts und Nihil, mit maßgebenden Funktionen der Polizeileitung betraut hat. Uns ist inzwischen die Tatsache bekannt geworden, daß der Emigrantenkommissar Nachts am 9. November 1933 für den französischen Spionagedienst arbeitete und auffallenderweise am 1. Dezember vorigen Jahres mit seiner jetzigen Funktion bei der staatlichen Polizei in Saarbrücken betraut wurde. Im übrigen steht fest, daß die beiden Emigrantenkommissare Nachts und Nihil bei führenden Stellen des französischen Spionagedienstes in Paris heute noch regelmäßig ein- und ausgehen. Hiermit ist wohl der einwandfreie Nachweis erbracht, daß die beiden Genannten sich in ihren Dienstobliegenheiten von Gesichtspunkten leiten lassen, die zu ihrer Dienstpflicht, Ruhe und Ordnung im Saargebiet aufrechtzuerhalten, in scharfem Widerspruch stehen. Die Verwendung derartiger Elemente bei der Hausführung bei der Deutschen

Front, auf deren Angehörigkeit wir bereits in der letzten Denkschrift hinwiesen, wird dadurch in ein merkwürdiges Licht gerückt.

Vor einigen Wochen ist der englische Staatsangehörige Mr. Hemsley zum Leiter der gesamten Polizeikräfte des Saargebietes ernannt worden. Wir haben die Hoffnung, daß durch diese Maßnahme nicht nur eine Besserung des Einflusses der Polizei zu vernünftigeren Zwecken herbeigeführt wird, sondern daß Herr Hemsley auch eine den augenblicklichen Verhältnissen entsprechende andere Verwendung der vorhandenen Gendarmerie und Polizeikräfte vornimmt. Bei den im Saargebiet herrschenden Verhältnissen ist es sicher eine Kleinigkeit, reichlich Arbeitsträfte zur geeigneten Erfüllung derjenigen Aufgaben zu finden, für die jetzt Polizeikräfte und Gendarmen verwendet werden. Den Einwand des Herrn Präsidenten Knog, daß die Zahl der Polizeikräfte nicht ausreicht, dürfen wir mit dem Hinweis beantworten, daß in Luxemburg, einem Lande, das über eine sehr starke Industriebefölkerung verfügt und daher in ungefähr der gleichen Lage ist wie das Saargebiet, auf 135 Einwohner ein Polizist oder Gendarm kommt, während im Saargebiet schon auf 133,7 Einwohner ein Mann der staatlichen Polizei und der Gendarmerie kommt. Hier ist nicht einbezogen die kommunale Polizei, die durchaus nicht so unbedeutend und unzulänglich ist, wie Herr Präsident Knog behauptet. Denn es sind noch mindestens 300 Kommunalbeamte vorhanden, die ihrer Dienst in durchaus befriedigender Form ausüben.

Wir bitten daher den Hohen Rat des Völkerbundes, zunächst alle Maßnahmen veranlassen zu wollen, welche geeignet sind, die vorhandenen Polizeikräfte zweckmäßig zu verwenden und die Führung auch in den mittleren Polizeistellen so zu gestalten, daß das Vertrauen der Bevölkerung und der unterstellten Beamten zu dieser Führung wieder hergestellt wird.

Die Einladung an Sowjetrußland

Am Dienstagabend soll sich eine große Zahl von Völkerbundsstaaten auf den vorläufigen Einladungstext an Sowjetrußland geeinigt haben, der, wie man hört, den Sowjetrußen durch französische Vermittlung schon unterbreitet worden ist. Die in dem ursprünglichen Schreiben enthaltene ausdrückliche Anerkennung der sowjetrußischen Eignung für den Völkerbundeintritt und der Erfüllung der im Pakt vorgeschriebenen Bedingungen soll in dem jetzigen Text nicht mehr enthalten sein. Man warte nunmehr auf die Antwort. In diesem Zusammenhang wird versichert, daß die in Genf anwesenden Juristen von Sowjetrußland selbst den Entwurf einer Antwort übermittelt haben, die allen Ansprüchen genügen würde. Die Einladung vollzieht sich also in außerordentlich umständlicher und für die Sowjetregierung nicht gerade sehr ruhmreichen Weise.

Paris, 12. Sept. Die Genfer Verhandlungen über den Beitritt Sowjetrußlands zum Völkerbund gehen anscheinend nicht nach dem Wunsch der französischen Regierung. Die großen Informationsblätter werfen jedenfalls einer Reihe von kleinen Staaten vor, im letzten Augenblick zu schikanieren, nachdem sie bereits ihr grundsätzliches Einverständnis zur Aufnahme Sowjetrußlands gegeben hatten. Vielfach wird diese Haltung der Mächte in unmittelbarem Zusammenhang mit der Antwort der Reichsregierung auf die Ostpaktvorschläge gebracht.

So schreibt beispielsweise der „Matin“: Die ersten Auswärtigen der deutschen Ablehnung machten sich bereits bemerkbar. England habe gelegentlich der Londoner Reise Barthous seine Zustimmung zur Aufnahme Sowjetrußlands in den Völkerbund nur gegeben, da es in ihr eine Stabilisierung der Rüstungen auf dem Festlande erblickt habe. Heute falle diese Möglichkeit aber fort. Sir John Simon befände sich in der vorzähligen Lage, selbst weiterhin für die Aufnahme Sowjetrußlands zu wirken, den englischen Dominions aber vollkommen freie Hand zu lassen, den Bemühungen der anderen Mächte Steine in den Weg zu legen. Da im Völkerbundsaußschuß alle Stimmen gleichen Wert hätten, werde man sechs Oppositionstimmen der englischen Dominions einer Ja-Stimme des Mutterlandes gegenüberstellen können.

London, 12. Sept. „Times“ meldet aus Genf, der Wortlaut der Einladung an Sowjetrußland sei jetzt fertig. Der Brief zitiere nur den Anfang von Artikel 1 der Völkerbundsatzung, nicht aber den Schluß, wo es heißt, daß der betreffende Staat, der zugelassen wird, Garantien für eine aufrichtige Absicht gibt, seine internationalen Verpflichtungen zu beobachten. Die Weglassung sei auf Betreiben mehrerer Vertreter, darunter des britischen, erfolgt, weil man fürchtete, die Absicht, möglichst viele Unterschriften zu erlangen, könne dadurch vereitelt werden. Die

Um Heimat und Liebe

Roman von Herm. Arnsfeldt

Urheberschutz d. C. Ackermann, Roman-Zentr. Stuttgt.

50 Nachdruck verboten.

„Was ich schon berichtete: er kam freiwillig um seinen Abschied ein, lange ehe die Sache in Laibach entschieden war. Man hätte ihn sicher nicht verurteilt. Neue Männer, ein neuer Geist war in Laibach zur Herrschaft gelangt. Man wollte Frieden und Versöhnung mit den in Jugoslawien lebenden Deutschen. Man begriff, daß die Befreiung der Geiseln der Regierung in der Tat nur eine Verlegenheit erspart und sie vor dem Vorwurf brutaler Gewalttätigkeit gerettet hatte. Bürgermeister Jeglic bekam eine Nase und fiel sozusagen in Ungnade. Major Dragotic aber wurde nach einem kleinen kerbischen Rest verurteilt, und was man Ihrem Gatten gestern noch als Verrat angerechnet, wurde ihm heute als Verdienst gutgeschrieben.“

„Wie lebt er jetzt?“ fragte Margaret leise.
„Still und zurückgezogen auf Hochegg. Er ist Bienenzüchter geworden und genießt den Ruf eines tüchtigen Fachmannes. Seine Umherzeitung erscheint jetzt in drei Sprachen: deutsch, slowenisch und französisch. Von jeder Art Politik hält er sich streng fern und verkehrt gleichermaßen freundlich mit Deutschen und Slowenen. Ich will ein Mensch sein, der seine Pflicht tut — nichts weiter“, sagte er einmal zu mir. Und vom Rationalitätshader mag ich erst recht nichts wissen! Er macht engherzig und kurzschichtig! Diese Lebensauffassung blieb auch auf die Spillersdorfer nicht ohne Einfluß. Und indem sie vorbildlich wirkte, wurden manche Gegensätze dadurch ausgeglichen. Man schätzt und achtet Jeglic heute in seiner Heimat viel mehr, als da er noch Begierdichter und ein sogenannter „guter Patriot“ war. Daß man ihn auch von Herzen lieb hat, zeigte sich anlässlich des schmahlvollen Standes des alten Jeglic und dessen Tod, wo man in Spillersdorf förmlich wetteiferte, den Sohn nicht entgelten zu lassen, was der Vater verbrach.“

„Wie, — mein Schwiegervater ist — tot?“ fragte Margaret betroffen, denn diese Nachricht kam ihr ebenso überraschend wie alles andere, was sie soeben vernommen.

Leuthold nickte.

„Seit einem Monat schon. Seine Sache war ja von vornherein verloren, da die Beweise sozusagen auf der Straße lagen. Und den Rest seines Lebens im Gefängnis zu verbringen, war nicht nach dem Geschmack Janes Jeglic. So machte er noch während der Untersuchungshaft freiwillig seinem Leben ein Ende.“

Vor Margarets Seele tauchte das Bild dieses alten herrschlichen Mannes auf, der so viel Schuld trug am Niedergang ihrer Ehe. Sie hatte in seiner Nähe immer Furcht und Abneigung empfunden, auch wenn er freundlich mit ihr tat, und nie konnte sie ein Gefühl des Mißtrauens gegen ihn ganz los werden.

Aber nun war er tot, und der Tod macht vieles vergessen.

Ein glückliches Lächeln umspielte ihre Lippen, wie einst in den Tagen ihres Glückes. Zwei andere, die sie liebte, lebten ja! Noch schien die Sonne über der Welt, noch lachte das Leben, noch war es nicht zu spät.

20. Kapitel.

Die Hochzeit der Brüder Halmenschlag war vorüber, die jungen Paare für einige Tage — mehr erlaubte beider Beruf nicht — nach Wien gereist. In den beiden Parterrewohnungen der „Villa Laura“, wo sie dann nach ihrer kurzen Hochzeitsreise feierlich einziehen sollten, legten Tapezierer und Dekorateur die letzte Hand an die Einrichtung.

Oben in ihrem Zimmer aber stand Margaret neben gepackten Koffern, als Frau Halmenschlag eintrat und ärgerlich sagte: „Wo steckst du denn eigentlich immer, Grete? Seit gestern machst du dich ja förmlich unsichtbar, obwohl ich deine Hilfe an allen Ecken und Enden vermiss! Ich selbst muß doch die Handwerker unten überwachen, denn...“

Sie unterbrach sich betroffen, auf die Koffer weisend, die sie erst jetzt gewahrte.

„Nanu — was bedeutet denn das? Du wirst doch nicht auch verreisen wollen?“

„Doch Mama. Morgen früh schon! Ich reise nach Jugoslawien zu meinem Mann!“ und ohne der Mutter Zeit zu einer Frage zu lassen, erzählte sie ihr alles, was sie vom Verwalter Leuthold gehört.

„Und nun, Mama, begreift du, nicht wahr? Ich muß!“

Frau Halmenschlag ließ die Frage unbeantwortet. Sie wußte: Widerrede wäre bei Margarets Charakter zwecklos. So sagte sie nicht viel dazu und meinte nur, Otto und besonders Hermann würden diesen Entschluß wohl nie gut heißen; aber wenn Margaret es durchaus wolle, werde sie wohl wissen, was sie tue.

Ein klarer und sonniger Wintertag knapp vor Weihnacht. Wladko Jeglic, der seinen Knaben vorläufig noch ganz allein unterrichtete, hatte eben die heutige Schulstunde geschlossen und stand nun mit den Worten auf: „Nun hast du acht Tage Ferien, Janes, da morgen Weihnachten ist. Brauchst auch keine Aufgaben zu machen und kein Buch anzusehen; aber am 2. Januar, punkt acht Uhr früh, fangen wir wieder an zu lernen, gelt?“

„Ja, Papa, — und jetzt?“

„Tun wir, was du magst. Schläge vor!“

„Dann gehen wir nach dem Bienenhaus und sehen nach, ob alles in Ordnung ist!“

„Bravo! Ein sehr vernünftiger Vorschlag! Das wollte ich heute ohnehin noch tun.“

Hand in Hand schritten sie den Korridor entlang. Als sie an der seit zwei Tagen von Julia stets geheimnisvoll verschlossen gehaltenen Tür des Chymistens vorübertraten, blieb der Knabe stehen.

„Was meinst du, Papa, ob das Christkind schon einen Baum gebracht hat? Julia sagt, es sei schon ein paar mal hiergewesen und habe nachher den Schlüssel mitgenommen!“

(Fortsetzung folgt).

französische Abordnung besaß sich mit der Sammlung von Unterschriften und der Sondierung der Sowjetvertreter, mit denen sie bereits „in der Nähe von Genf“ in Fühlung sei. Die französische Abordnung könne den Russen jetzt mitteilen, daß eine Zweidrittelmehrheit und ein ständiger Ratsitz gesichert sind.

Anzufriedenheit der Sowjetunion mit dem Einladungstext

Genf, 12. Sept. In der Frage des Eintritts der Sowjetunion in den Völkerbund sind neue Schwierigkeiten entstanden. Die Russen haben Einwände gegen den ihnen übermittelten vorläufigen Einladungstext erhoben. Sie behaupten, daß dieser Text nicht dem entspricht, was sie erwarten konnten. Dadurch sind neue Verhandlungen nötig geworden und neue Verzögerungen sind wahrscheinlich. Ob wohl die überwiegende Meinung noch immer dahin geht, daß der Eintritt schließlich während dieser Tagung Tatsache werden wird, ist gelegentlich auch schon die Ansicht zu hören, daß die Schwierigkeiten sich doch noch als unüberwindlich erweisen könnten, zumal ja auch Russlands eigene Haltung noch mißspielt. Auch ein Zwischenfall in der heutigen Sitzung des 6. politischen Ausschusses ist nicht ohne grundsätzliche Bedeutung. Der Vertreter Polens äußerte sich bei Behandlung der Flüchtlingsfrage sehr scharf über Staaten, die teils im Völkerbund seien, teils einzutreten beabsichtigen, aber die elementarsten Gesetze der Menschlichkeit außer acht ließen. Es komme im übrigen für den Völkerbund nicht so sehr auf die Zahl, als auf die Qualität seiner Mitglieder an. Dieser Angriff gegen Sowjetrußland war deutlich genug.

Vollziehung des Völkerbundes

Genf, 12. Sept. Nach Eröffnung der Vollversammlung des Völkerbundes am Mittwoch ehrte der schweizerische Bundesrat Motta das Andenken des österreichischen Bundeskanzlers Dollfuß und des langjährigen italienischen Delegierten Scialoja. Die Rede Mottas wurde von der Versammlung mit Beifall aufgenommen. Darauf dankte der Hauptdelegierte, Baron Aloisi, dem Redner herzlich für die Würdigung Scialojas und der österreichische Vertreter, Baron Hügel, schloß sich diesem Dank im Hinblick auf den Bundeskanzler Dollfuß an. Die Völkerbundsversammlung erhob sich dann auf Ersuchen des Präsidenten zur Ehrung der beiden Toten. Erst im Anschluß an diese Rundgebung wurde dann die Generaldebatte der Völkerbundsversammlung eröffnet. Als erster Redner bestieg der argentinische Delegierte Centiso die Tribüne.

Darauf sprach der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg. Es wäre an sich nicht verwunderlich gewesen, wenn die Welt, die mit so vielen Sorgen belastet ist, sich gegenwärtig wenig um dieses kleine Oesterreich kümmern würde. Aber die Bedeutung Oesterreichs lasse sich nicht an dem Umfang und der Bevölkerungszahl seines Landes messen. Oesterreich sei ein Brennpunkt des europäischen Gedankens und ein Schnittpunkt der großen Ströme, die von Osten nach Westen und von Norden nach Süden und umgekehrt fließen. Er wolle nicht darauf eingehen, ob es richtig war, das heutige Oesterreich zu schaffen. Trotzdem wolle er feststellen, daß Oesterreich in seinem gegenwärtigen Zustande ansehnlicherhalten werden müsse, und zwar nicht nur in seinem eigenen Interesse. Seine Regierung sei ebenso wie die des verstorbenen Bundeskanzlers Dollfuß fest entschlossen, diesen Grundsatze unwiderrücklich zu verfolgen und die Unabhängigkeit zu verteidigen. Die neue österreichische Verfassung könne in keiner Weise reaktionär genannt werden. Die Kämpfe und Kämpfe im Februar und Juli seien mit illegalen Waffen durchgeführt worden, über deren Herkunft er nicht sprechen wolle. In beiden Fällen habe es sich für die Regierung darum gehandelt, Ordnung, Ruhe und Frieden wieder herzustellen, einfach, um die Existenz Oesterreichs zu sichern. In beiden Fällen hätte sich eine revolutionäre Minderheit der überwältigenden Mehrheit der österreichischen Völker gegenüberbefunden.

Im Juli sei dann der Kanzler und Schöpfer des neuen Oesterreich das Opfer eines tödlichen und vorher überlegten Verbrechens geworden, das mit einer Brutalität ohnegleichen ausgeführt worden sei. Die österreichische Regierung habe sich ihren inneren Gegnern gegenüber niemals durch ein Gefühl der Rache leiten lassen. Die Sühne habe niemals die Grenzen überschritten, die durch die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit gezogen worden seien. Die Verhandlungen, die mit zwei Nachbarstaaten in Angriff genommen worden seien, hätten glücklicherweise zu positiven Ergebnissen geführt, dank des energischen Eingreifens des Chefs der italienischen Regierung, der auf das engste mit Bundeskanzler Dollfuß und dem ungarischen Ministerpräsidenten zusammenarbeitete. Wenn sein Land sich allen terroristischen Drohungen widersetze, so kämpfe es nicht nur für seine eigene Existenz, sondern verteidige gleichzeitig richtig verstandene Interessen aller seiner Nachbarn, d. h. Oesterreich verteidige nicht nur die Interessen des Zweiges des deutschen Stammes, den es seit Jahrhunderten verteidige und schütze, sondern es diene in Wahrheit auch dem Frieden der Welt.

Als letzter Redner kam der irische Regierungschef de Valera auf den bevorstehenden Eintritt Sowjetrußlands zu sprechen. Das Problem stehe auf der Tagesordnung. Es sei jedoch ein Fehler, die Frage in Hotelzimmern auszutragen. Die Ansichten über die Zweckmäßigkeit der Aufnahme Sowjetrußlands seien verschieden. Er persönlich sei dafür, doch müßte der Meinung derjenigen Staaten, die dem Eintritt feindlich gegenüberstünden, Rechnung getragen werden. Darum sei er der Ansicht, daß das normale Aufnahmeverfahren auch für Sowjetrußland Anwendung finden müsse. Es gehe nicht an, daß Sowjetrußland durch Nichtbeachtung dieses Verfahrens von vornherein eine Vorzugsstellung eingeräumt werde. Die Rede de Valeras wurde von der Versammlung stark beachtet.

Der Arbeitsmarkt

Arbeit und Arbeitslosigkeit im Landesarbeitsamtsbezirk Südwestdeutschland

Stuttgart, 12. Sept. Die Arbeitslage im Monat August hat in den meisten Berufen gegenüber dem Vormonat kaum eine nennenswerte Veränderung erfahren. In der Metallindustrie hat sich im allgemeinen eine weitere Festigung durchgesetzt, die Polzinindustrie zeigte sogar deutliche Aufstiegtendenzen. Auch die übrigen Hauptindustrien waren fast ausnahmslos fest. Wenn auch die Textilindustrie infolge der Arbeitszeitverkürzung auf Grund der Faserstoffverordnung ein verringertes Beschäftigungsvolumen hatte, so war der Auftragsbestand jedoch noch wie vor gut. Der Berichtsmontat schließt gegenüber Juli d. J. mit einem Mehr an Arbeitslosen von 1314 Personen (878 in Württemberg und 438 in Baden) ab. Eine Zunahme, die ausschließlich saisonbedingt ist. In den Maßnahmen der werterzeugenden Arbeitslosenfürsorge waren am 31. August noch 12 214 Notstandsarbeiter (einschl. 170 mit Weiterzahlung der Unterstützung Beschäftigten) tätig. Auch die Bauindustrie fand eine Einschränkung vorwiegend durch Beendigung von Arbeiten aus befristeten Instandhaltungsaufträgen. Jedoch konnten die dadurch freigestellten

Facharbeitskräfte, wenn nicht bei Privatbauten, so doch bei Bauten aus Reichs- oder sonstigen öffentlichen Aufträgen, Verwendung finden. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Südwestdeutschland, die am 31. August bei den Arbeitsämtern vorgemerkt waren, betrug 115 614 Personen (91 389 Männer, 24 225 Frauen). Auf die Arbeitsämter in Württemberg und Hohenzollern kamen 28 505 Arbeitslose (23 281 bezw. 5224) und auf die Arbeitsämter in Baden 87 109 Arbeitslose (68 108 bezw. 19 001). Vor den Unterstützungseinrichtungen der Arbeitslosenhilfe ergab sich für die öffentliche Fürsorge nochmals eine Entlastung um 918 Wohlfahrtserwerbslose, während Arbeitslosenversicherung und Arbeitsfürsorge wie schon in den Vormonaten leichte Zunahme der Unterstützungszahlen zeigten. Der Stand der Hauptunterstützungsempfänger war am 31. August folgender: in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 14 482 Personen (12 986 Männer, 1496 Frauen), in der Arbeitsfürsorge 40 390 Personen. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug 54 872 Personen; davon kamen auf Württemberg und Hohenzollern 12 360 und auf Baden 42 512 Personen. Die Zahl der anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen belief sich nach dem vorläufigen Zählergebnis auf insgesamt 25 637 und zwar auf 4795 in Württemberg und auf 20 842 in Baden.

Eine Streitfrage zugunsten Deutschlands entschieden

Berlin, 12. Sept. Durch Schiedsspruch ist eine Streitfrage zwischen der Reichsregierung und der Regierungskommission des Saargebietes entschieden worden, bei der es sich darum handelte, ob die Regierungskommission auf das Kapital und die Einkünfte eines gemäß einer Vereinbarung vom Jahr 1925 angelegten Pensionsrücklagefonds dann zurückgreifen würde, wenn ihre tatsächlichen Pensionslasten einen gewissen Satz übersteigen. Die Frage wurde von der Regierungskommission bejaht, von der Reichsregierung verneint. In dem Schiedsverfahren wurde als Schiedsrichter der Bundesrichter Dr. Fagz in Lausanne zugezogen. Dieser hat nunmehr die Streitfrage mit ausführlicher Begründung im Sinne des Standpunktes der Reichsregierung entschieden.

Dank der ausländischen Diplomaten an den Führer

Berlin, 12. Sept. Der japanische Botschafter Nagai hat anläßlich des Abchlusses des Reichsparteitages nachstehendes Telegramm an den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler gesandt: „Im Augenblick, wo wir Nürnberg verlassen, bitte ich im Namen der Vertreter der Staaten, die die Ehre gehabt haben, Gäste Eurer Exzellenz gewesen zu sein, den Ausdruck des verbindlichsten Dankes für die Aufnahme entgegenzunehmen, die uns in so überaus freundlicher Weise zuteil geworden ist.“

Ein Nachruf des Chefs des Stabes

Berlin, 12. Sept. Der Chef des Stabes, Luhe, hat dem „Völkischen Beobachter“ zufolge den folgenden Nachruf für zwei in Nürnberg aus dem Leben geschiedene SA-Kameraden gewidmet: „Mitten heraus aus der Zeitstunde bei Nürnberg, von der Seite ihrer 100 000 Kameraden, kurz nach den erhebensten Stunden ihres Lebens, in denen sie ihrem obersten Führer Auge in Auge gegenüberstanden, schieden durch ein tragisches Geschick aus diesem Leben der

SA-Mann Peter Kleinmann, Gruppe Niederrhein, der SA-Rottenführer Georg Kneider, Gruppe Ostland.

Sie haben sich gemeldet bei der Standarte Horst Wessel. Ihr Geist schwebt in unzeren Reihen.

Personalveränderungen bei der Reichswehr

Berlin, 12. Sept. Der Führer und Reichskanzler hat verfügt: Mit 31. August 1934 scheidet aus: Generalmajor Stephanus, Infanterieführer 7; mit 30. September 1934 scheidet aus: Generalleutnant Fied, Kommandeur der 6. Division und Befehlshaber im Wehrkreis 6. Mit 1. September 1934 wird ernannt: Oberst Strauß, Kommandeur des Infanterieregiments Nr. 4 zum Inspekteur der Infanterie.

Eröffnung der Jahreshauptversammlung des Deutschen Ausland-Instituts

Stuttgart, 12. Sept. Einen Höhepunkt der Veranstaltungen im Rahmen der „Stuttgarter Festwoche“ bildete die feierliche Eröffnung der Jahreshauptversammlung des Deutschen Ausland-Instituts. Der Vorsitzende des Deutschen Ausland-Instituts, Oberbürgermeister Dr. Strölin, eröffnete die diesjährige Hauptversammlung mit einer Begrüßungsansprache. Dr. Strölin hat an den Führer und Reichskanzler die Bitte gerichtet, den „Deutschen Ring“, der einst dem vereinigten Reichspräsidenten verliehen war, vom Deutschen Ausland-Institut entgegenzunehmen und fortan selbst zu tragen. Unter dem Beifall der Versammlung gab er bekannt, daß der Führer sich bereit erklärt habe, den „Deutschen Ring“ des Instituts anzunehmen.

Im Namen der Reichsregierung und im Auftrag des Reichsinnenministers Dr. Frick überbrachte Staatssekretär Dr. Pfundner der Hauptversammlung des DAI, Herzliche Grüße. Darauf ergriff Ministerpräsident und Kultminister Mergenthaler das Wort zu einer Ansprache, in der er u. a. im Hinblick auf die beim diesjährigen Reichsparteitag in Nürnberg mit unerhörter Wucht manifestierte Einheit der nationalsozialistischen Bewegung und des deutschen Volkes auf die dieser Einheit zugrunde liegenden Höchstwerte der Bewegung hinwies: Auf Blut und Boden, Rasse und Volkstum. Diese Höchstwerte müssen auch die Grundlage bilden für eine erfolgreiche Arbeit des Deutschen Ausland-Instituts.

In verschiedenen Reden wurde dann noch die erfolgreiche Arbeit des DAI gewürdigt, worauf in einem interessanten Lichtbildervortrag der Leiter des DAI, Dr. Richard Csaki, den Jahresbericht erstattete. Am Schluß des ersten Tags der Jahreshauptversammlung hielt Oberpastor Lic. Viktor Grüner, Direktor des Herderinstituts in Riga, einen Vortrag über den „Sinn der modernen Lebensbegriffe für das Auslanddeutschtum“.

In den Bergen vermisst

München, 12. Sept. Wie die Landesstelle Bayern für das alpine Rettungswesen mitteilt, ist der seit längerer Zeit vermisste Werner Winkelmann aus Karlsruhe am Höllentalferner tot aufgefunden worden. Er hat anscheinend den Weg verfehlt und das Bligableitertafel irrtümlich für die Wegführung gehalten.

Wie aus Oberstdorf gemeldet wird, werden der Diplomingenieur Karl Schler aus Wangen und der Student Kanzler aus Tannheim in Württemberg seit Sonntag vermisst. Sie hatten einen Ausflug auf die Adels-Gabel unternommen.

Ablehnung der Genfer Politik Frankreichs in Belgien

Brüssel, 12. Sept. Mit unmerklicher Genugtuung verzeichnen die Blätter die Genfer Meldung, daß die belgische Abordnung beschlossen hat, bei der Abstimmung der Völkerbundsversammlung über den Eintritt Rußlands in den Völkerbund sich der Stimme zu enthalten. In der Meldung heißt es, daß diese Entscheidung der belgischen Abordnung in dem Augenblick gefallen sei, als der Völkerbundrat die Zuweisung eines ständigen Sitzes an Sowjetrußland beschlossen habe. Ebenso wie die Schweiz, betonen die Blätter, habe auch Belgien sich für verpflichtet gehalten, diesen Protest zu vollziehen. Selbstverständlich werde die belgische Abordnung auch das Einladungstelegramm, das an Sowjetrußland gerichtet werden soll, nicht unterzeichnen. Die belgische Presse verurteilt nahezu einmütig die Aufnahme Sowjetrußlands in den Völkerbund. Auch von sonst Frankreich freundlichen Blättern wird die Rußland-Politik des französischen Außenministers scharf kritisiert.

Streikunruhen im Staate Rhode Island

Newport, 12. Sept. Die gemeldeten schweren Zusammenstöße zwischen etwa 4000 kreisenden Textilarbeitern und 250 Nationalgardisten in Saylesville (Rhode Island) haben die ganze Nacht zum Mittwoch angedauert. Zu heftigen Kämpfen kam es auch in Central Falls (Rhode Island), wo sich die Streikenden im Friedhof festgesetzt hatten und durch Grabsteine gedeckt auf die vorrückenden Nationalgardisten ein wildes Steinbombardement eröffneten. Schließlich konnten die Streikenden aus dem Friedhof vertrieben werden, aber der Kampf setzte sich in den tränengassefüllten Straßen mit unermünder Erbitterung fort. Die Zahl der Verletzten ist so groß, daß eine Verbandstation errichtet werden mußte.

Typhus-Epidemie im Gefängnis von Leoben?

Wien, 12. Sept. Nach amtlich nicht bestätigten Nachrichten ist im Gefängnis von Leoben eine größere Typhusepidemie ausgebrochen. Bis jetzt sind danach 100 Erkrankungen und ein Todesfall zu verzeichnen.

700 Fälle von spinaler Kinderlähmung in Dänemark Die Herbstmanöver abgefaßt

Kopenhagen, 12. Sept. Infolge der Ausbreitung der spinalen Kinderlähmung in verschiedenen Teilen Dänemarks hat der Kriegsminister beschlossen, die Herbstmanöver abzusagen. Ein Teil der Reservisten war bereits für Mittwoch einberufen. Nach Angaben der obersten Gesundheitsbehörde betrug die Zahl der an spinaler Kinderlähmung Erkrankten in ganz Dänemark in den letzten Tagen etwa 700, davon etwa die Hälfte in den ersten zehn Tagen des Septembers.

Europarundflug — Alle Deutsche in Rom

Rom, 12. Sept. Von sämtlichen Europarundflugteilnehmern wurde am Mittwoch von Tunis aus der Flug über das Mitteländische Meer angetreten. Alle Piloten haben ohne Unfall das europäische Festland wieder erreicht. Ueber Palermo und Neapel ging es nach Rom, wo als erster Flieger der Deutsche Jund um 11.40 Uhr eintraf. 13 Minuten später landeten dann die Deutschen Osterkamp und Seidemann, kurz nach 12 Uhr auch Pöswaldt. Eine halbe Stunde später kamen Baier und Franke an zusammen mit den Polen Włodarkiewicz und Pionczyk sowie den Italienern Francois und Sanjin. Der Deutsche Hubrich erschien um 12.58 Uhr über dem Landeplatz und als letzter Deutscher Wolfgang Hirth um 14.08 Uhr. Mit den acht Deutschen sind insgesamt 22 Piloten in Rom angekommen. Der Italiener Tessore mußte in Neapel aufgeben.

Lokales

Widdbad, 13. September 1934.

Abchied. Herr Oberrechnungsrat Wolwendler verläßt heute Widdbad, um seine neue Stelle als Vorstand des Staatsrentamts Ulm anzutreten. Wir wünschen dem treuen Beamten und beliebten Gesellschafter von Herzen alles Gute in seinem neuen Wirkungskreis.

Glückwunsch- und Anerkennungsschreiben für Arbeitnehmer mit einer mindestens 50 jährigen Dienstzeit werden künftig an Stelle des verstorbenen Herrn Reichspräsidenten durch den Führer und Reichskanzler erteilt. Anträge sind durch die Arbeitgeber mindestens 8 Wochen vor dem Jubiläumstag beim Bürgermeisteramt zu stellen. Dort wird nähere Auskunft über die Bestimmungen erteilt.

Liste der säumigen Steuerzahler.

Der Staat stellt die Rechtsform dar, in der sich das Leben der Volksgemeinschaft und aller ihrer Glieder vollzieht. Der Staat ist nicht um seiner selbst willen, sondern um des seiner Führung anvertrauten Volkes willen da. Er ist da um die Voraussetzungen zu schaffen, zu festigen und zu stärken, deren es bedarf, wenn das Volk als solches und in natürlicher Folge davon die einzelnen Berufsstände, die einzelnen Familien und die einzelnen Volksgenossen sollen leben und gedeihen können.

Der Staat braucht zur Erfüllung seiner Aufgaben Geld. Die zur Bestreitung der Ausgaben erforderlichen Mittel müssen, soweit nicht dem Staat Einnahmen aus eigenem Vermögen zufließen, in Form von Steuern und sonstigen Abgaben auf die Glieder der Volksgemeinschaft umgelegt werden. Ohne Steuern kein Staat, und ohne Staat keine Daseins- und Entwicklungsmöglichkeit des Volkes, der Familie und der Einzelperson.

Die Kraft des Staates, die ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen, bestimmt sich nach der Einstellung der einzelnen Volksgenossen zum Staat. Die Einstellung des einzelnen Volksgenossen zum Staat findet ihren Ausdruck in dem Grad des Pflichtbewußtseins und des Verantwortungsbeußtseins gegenüber dem Staat. Eine der wesentlichsten Pflichten beruht darin, dem Staat die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Mittel zu geben. Der Grad des Pflichtbewußtseins und des Verantwortungsbeußtseins des einzelnen gegenüber dem Staat bestimmt sich infolgedessen im wesentlichen nach seiner

Ehrlichkeit bei der Abgabe von Steuererklärungen und nach der **Pünktlichkeit in der Erfüllung seiner steuerlichen Verpflichtungen.**

Diese beiden Eigenschaften — Ehrlichkeit und Pünktlichkeit in der Erfüllung der steuerlichen Verpflichtungen — stellen die

Grundlage wahrer Treue zum Staat und damit zur Volksgemeinschaft dar. Je stärker diese Eigenschaften sich ausprägen, um so größer gestaltet sich das Maß, um das die Steuerlast, die



auf der einzelnen Person ruht, gemildert werden kann, und um so stärker sind infolgedessen die Voraussetzungen für eine durchgreifende Befundung der sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Dinge unseres Volkes.

Mangel an Ehrlichkeit und Pünktlichkeit in der Erfüllung der steuerlichen Verpflichtungen bedeutet Mangel an Treue zum Staat und zur Volksgemeinschaft. Um diesen Mangel aus dem Kreis unserer Volksgenossen möglichst auszuschließen und gleichzeitig die Kraft des Staates zur Erfüllung seiner Aufgaben zu stärken, wird in Zukunft eine

Liste der säumigen Steuerzahler aufgelegt werden, erstmalig im Frühjahr 1936 für das Jahr 1935. In die Liste der säumigen Steuerzahler wird aufgenommen werden, wer am 1. Januar 1935 mit Steuerzahlungen aus der Zeit vor dem 1. Januar 1935 rückständig ist oder es im Jahr 1935 hinsichtlich einer Zahlung oder Vorauszahlung zu einer zweimaligen Mahnung kommen läßt. Es liegt deshalb im Interesse eines jeden Steuerpflichtigen, die vorhandenen Steuerrückstände, sobald wie möglich, spätestens bis Ende Dezember 1934, restlos zu beseitigen und ab Januar 1935 die einzelnen Steuerzahlungen stets pünktlich zu entrichten.

Die Steuerzahlungen sind möglichst nicht durch Bargeld, sondern durch Postcheck, Ueberweisung, Zahlkarte oder dergl. zu entrichten.

5000 RM. sind zu verdienen!

Die **Feuerschutzwoche**, die in der Zeit vom 17. bis 23. September veranstaltet wird, gibt jedem deutschen Volksgenossen die Gelegenheit zur Mitarbeit. Es gilt, Brandverhütung zu betreiben. Brandverhütung ist eine unserer wichtigsten Aufgaben. Es dürfte vielen nicht bekannt sein, daß in Deutschland jährlich 1400 Menschen den Flammentod finden. Wen läßt es kalt, wenn er hört, daß jährlich 500 Millionen RM. durch das Schadenfeuer vernichtet werden? Die Feuerschutzwoche will den einzelnen aufrütteln, ihn wachrufen zum Kampf gegen die Flammengeißel. Die praktische Mitarbeit soll aber nicht unbelohnt bleiben. 5000 RM. sind ausgesetzt als Belohnung für die Betätigung während der Feuerschutzwoche. 5000 RM. werden verteilt an Volksgenossen, die richtig denken können. Ein Preisanschreiben, das in der von der Obersten Leitung der V.D., Amt für Volkswohlfahrt, „Schadensverhütung“ herausgegebenen Broschüre erscheint, wendet sich an alle deutschen Volksgenossen. Die Aufgabe ist leicht. Möge ein jeder den tiefen Sinn des Mottos erkennen, das der Feuerschutzwoche von 1934 vorausgestellt wurde: „Brandschaden ist Landschaden!“

Württemberg

Stuttgart, 12. Sept. Verkauf des Liederhallengartens. In der Mitgliederversammlung des Stuttgarter Liederfranzes wurde mitgeteilt, daß die Verkaufsverhandlungen über den Liederhallengarten zwischen dem Stuttgarter Liederfranz und der Firma Robert Bösch AG. fest abgeschlossen seien.

Volksspektakel um 10 Uhr. Auf dem vom 22. September bis 1. Oktober 1934 stattfindenden Cannstatter

Volksspektakel sind sämtliche Schaugehörte jeden Abend um 22 Uhr zu schließen. In Verkaufsbuden und Wirtschaften darf von dieser Zeit ab nichts mehr abgegeben werden. Jedes Musikieren in den Buden ist von 22 Uhr ab verboten. Alle Besucher des Volksspektakels haben um 22.30 Uhr den Volksspektakelplatz zu verlassen.

Vom Diakonissenhaus. In einem feierlichen, stark besuchten Gottesdienst wurden in der Stiftskirche am Sonntag zwanzig Schwestern der Evang. Diakonissenanstalt Stuttgart zum Diakonissendienst eingeweiht. Es war dies die zweite Schwesterneinweihung in diesem Jahr. Die Festpredigt hielt Pfarrer Wöhner, Direktor der Diakonissenanstalt Karlsöhde-Ludwigsburg. Eine Ansprache von Prälat Schrenk ging der Einweihung voran. Am Abend versammelten sich Schwestern und eine Anzahl von Gästen in der Diakonissenkirche zur Abschiedsfeier für zwei noch am gleichen Abend abreisende Diakonissen, die zum Dienst in dem deutschen Hospital in Peking bestimmt sind und auf dem Landweg über Sibirien und die Mandchurei ausreisen. Die eine der beiden stand schon fünf Jahre draußen als Oberschwester in dem sich von Jahr zu Jahr vergrößernden Hospital, in dem nun 15 Stuttgarter Diakonissen und zahlreiche chinesische Bedienstete in Arbeit stehen.

60 Jahre alt. Am 15. September kann der Obermusikmeister der 5. Nachrichtenabteilung in Stuttgart-Bad Cannstatt, Musikdirektor Max Langer, seinen 60. Geburtstag begehen. Im April 1892 trat Max Langer, ein gebürtiger Schlesiener beim Grenadier-Regiment Königin Olga Nr. 119 in Stuttgart ein. Er konnte also am 1. April 1932 sein 40-jähriges Militärdienstjubiläum feiern. Als Obermusikmeister im 5. württ. Inf.-Regt. Nr. 123 machte er den ganzen Feldzug an der Front mit. Nach dem Krieg kam er als Obermusikmeister zu der 5. Nachrichtenabteilung in Bad Cannstatt.

Opfer des Verkehrs. In der Stadtbrandstiftung Neuwirtshaus in Juffenhäuser wurde am 11. Sept. nachmittags ein sechs Jahre altes Mädchen von einem Personenkraftwagen erfasst und zu Boden geworfen. Das Kind erlitt einen schweren Schädelbruch, an dessen Folgen es starb. Am 11. Sept. nachmittags sprang ein vier Jahre alter Knabe in die Fahrbahn eines Motorrads und wurde hierbei zu Boden geschleudert. Er trug einen Unterschenkelbruch davon.

Ludwigsburg, 12. Sept. (Neues Handelsschulgeld.) Die Stadtgemeinde hat im letzten Jahre Ede See- und Adolf-Hitler-Strasse ein neues Handelsschulgebäude erstellt, das am Sonntag, den 16. d. M., vormittags, eingeweiht wird. Gleichzeitig feiert die Handels- und Höhere Handelsschule Ludwigsburg ihr 30-jähriges Bestehen.

Eberdingen, 12. Sept. (Tollisch verunglückt.) Reichsbahninspektor Rein aus Sersheim, besammet in Großjachsenheim, Reichsbahnobersekretär Grell von Großjachsenheim und Weichenwärter Baumgärtner von Sersheim waren mit dem Lastauto von Merkle-Großjachsenheim im Schwarzwald, um dort Bienen abzuholen. Bei Eberdingen fuhr das Auto auf einen Baum. Dabei verunglückte Rein tödlich, Merkle erlitt schwere Verletzungen am Brustkorb und war bewusstlos; Grell trug einen Schlüsselbeinbruch davon.

Geislingen a. St., 12. Sept. (19 Gemeinden ohne Arbeitslose.) Nach dem Stand vom 31. August 1934 sind im Kreis Geislingen a. St. von 36 Gemeinden 19 vollständig frei von Erwerbslosen. Insgesamt wurden noch 204 Unterstützungsempfänger gezählt, während die Zahl am 31. August 1933 noch 538 betrug.

Bad Mergentheim, 12. Sept. (Besuch.) Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg, der sich auf der Durchfahrt befand, stattete am Sonntag Bad Mergentheim einen kurzen Besuch ab. Auch Admiral Raeder besuchte dieser Tage das Kurhaus.

Jaggingen, 12. Sept. (Brand.) In der Nacht zum Mittwoch wurden die Anwesen des Landwirts Johannes Knödler und des Sattlermeisters Otto Ringler, die unmittelbar neben dem Rathaus stehen, durch ein verheerendes Feuer vernichtet. Das Vieh wurde unter Lebensgefahr in Sicherheit gebracht. Die Nachbarn schlugen die Tür des Knödlerischen Anwesens ein und wickelten die tödlich erkrankten Bewohner aus dem Schlaf, die gerade noch ihr nacktes Leben in Sicherheit bringen konnten, bevor der Brand auch auf die im ersten Stock gelegenen Schlafzimmer übergriff.

Leutkirch, 12. Sept. (Vom Tode überrascht.) Vom Tode überrascht wurde abends der in den letzten Jahren stehende Telegraphenhandwerker Franz Josef Hander. Er wurde auf dem Heimweg in der Burzacher Straße am Boden liegend tot aufgefunden. Herzlichkeits wurde ein Schädelbruch festgestellt. Ob Haider von einem Auto gestreift wurde, wird die amtliche Untersuchung ergeben.

Ulm, 12. Sept. (Besuch.) Am Mittwoch nahm der Chef der Heeresleitung, General der Artillerie Freiherr von Fritsch, an kleineren Übungen des 5. Pionierbataillons in Ulm teil; er sprach sich dabei sehr anerkenntend über die Leistungen des Bataillons, besonders über dessen Meisterung der Schwierigkeiten beim Dienst auf der zur Zeit hochgehenden Donau aus. In Begleitung des Chefs der Heeresleitung befand sich der Befehlshaber im Wehrkreis 5, Generalleutnant Seyer.

Im Streit erlöchen

Altbach, 12. Sept. In Altbach bei Plochingen wurde in der Nacht zum Sonntag der 31 Jahre alte verheiratete Schlosser Wilhelm Mangold von seinem Nachbarn nach vorausgegangenem Wortwechsel niedergestochen. Mangold ist im Krankenhaus Plochingen nach zwei vergeblichen Operationen seinen schweren inneren Verletzungen erlegen.

Der erst vier Jahre verheiratete Wilhelm Mangold hatte am Samstag in dem Gasthaus seines Schwiegervaters ausgeholfen und befand sich mit seiner Frau auf dem Heimweg, als aus dem Nachbarhaus die Frau seines Nachbarn um Hilfe rief, sie werde von ihrem Manne bedroht. Mangold betrat auf die Hilferufe der Frau hin das Haus und schlichtete den Streit. In dem Augenblick jedoch, als Mangold das Haus wieder verlassen wollte, stieß ihm sein Nachbar von hinten ein großes Messer in den Rücken. Mangold brach zusammen und obwohl er sofort in das Krankenhaus verbracht wurde, konnten die Ärzte ihn nicht mehr retten.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt, Wildbader Badstadt, Wildbad i. Schwarzwald (Süd. Ob. Bad) Nr. 8. 34. 73.

Stadtgemeinde Wildbad i. Schw.

Steuer-Einzug.

Die Grund-, Gebäude-, Gebäudeverschuldungs- und Gewerbesteuern für Monat September 1934 werden am

Freitag, den 14. September 1934

vormittags 10 bis 12 Uhr und nachmittags 2 bis 6 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses zum Einzug gebracht.

Ferner wird an die gleichzeitige und möglichst alsbaldige Entrichtung der noch rückständigen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben dringend erinnert. Die zur Entrichtung der Rückstände gegebenen Zahlungsfristen sind längst abgelaufen und es müssen die Steuerpflichtigen auch zur Vermeidung weiteren Zinsauflaufes sofort mit der Tilgung der Rückstände beginnen. Es wird auf die gegen die säumigen Steuerschuldner bevorstehenden Maßnahmen hingewiesen.

Wildbad, den 12. 9. 1934.

Stadtkasse.

Wildbad, 12. September 1934.



Todesanzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere treusorgende, liebe Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Mina Akermann

nach kurzem, schweren Leiden, im Alter von 55 Jahren zu sich zu rufen.

Um stille Teilnahme bitten:

Robert und Wilhelm Akermann.

Beerdigung am Freitag nachmittag 3 Uhr Waldfriedhof.

Ein ausichtsreiches Angebot

bedarf der vorhergehenden Ankündigung durch das Inserat



Preis-Ausschreiben!

Es gilt eine Nuß zu knacken!

Eine Nuß, deren Schale nicht allzu hart ist. Wer gute Zähne hat, möge sich heranwagen. Die Aufgabe, die gestellt wird, ist leicht. Von 12 Bildern sind diejenigen zu durchstreichen, aus deren Bildinhalt eine Außerachtlassung des Brandverhütungsgedankens zu ersehen ist. Wer also richtig denken kann, hat den Preis in der Tasche. Aber wohlgemerkt, richtig denken! Es gibt viele Kleinigkeiten, über die man sehr leicht stolpern kann.

Heran an die Aufgabe!

Aber nicht allein die richtige Lösung entscheidet, sondern die Abgabe der Lösungen an die rechte Stelle, und zwar dort, wo man im Falle eines Brandes in seiner Wohnung Feuermeldung erstatten würde. Also unterrichte sich jeder darüber, wo sich sein Feuermelder befindet. Wer Näheres über dieses Preisauschreiben erfahren will, erhält Auskunft darüber in der von der Obersten Leitung der V. D., Amt für Volkswohlfahrt - Schadensverhütung - herausgegebenen Broschüre „Brandschaden ist Landschaden“, die während der Feuerschutzwoche durch Feuermehrleute und die Organisationen der V. S. Volkswohlfahrt zum Preise von 20 Pfennig vertrieben wird.

5000 RM. sind zu vergeben!

Mit Gefäß und heran an die Lösung der Aufgabe!



Sämtliche Geschäfts- und Familien-Drucksachen liefert schnell und preiswert die **Druckerei Wildbader Tagblatt**

Gelegenheitskauf für Brautleute!

Polliertes

Schlafzimmer

(neu) wegen Platzmangel besonders preiswert zu verkaufen. Wo, sagt die Tagblattgeschäftsstelle.

Werdet Mitglied der NS-Volkswohlfahrt!

Unser Angebot

Neues Sauerkraut	Pfd.	10,-
Neue extra große Linsen	Pfd.	45,-
Linsen	Pfd.	35,- u. 25,-
Neue Grünkern	genal. Pfd.	40,-
Mageres Rauchfleisch	1/2 Pfd.	32,-
Neue Vollheringe	Stück	7,-
dto. Milchener		10,-
Backäpfel - Birnen Zwetschgen		
Deutsche Tafeltrauben	Markgräfler Gütegrad	Pfd. 28,-
Neue Kranzfeigen	Arms. ca. 200g	15,-
Qualitäts-Marinaden	offen und in Dosen	
Haushalt-Margarine	Pfd.	38,-
Anmeldungen werden in unseren Verkaufsstellen entgegengenommen		
und 3% Rabatt!		

Pfannkuch

